

Niederschrift
über die Sitzung des Seniorenrates
am 30.04.2019

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 13:05 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Aubke	Vorsitzender	
Frau Dehmel		
Herr Donath		(bis 12:10 Uhr)
Herr Haberkorn		
Herr Heine		
Frau Huber		(bis 12:40 Uhr)
Frau Koch		
Herr Kohlmeier	Vertr. für Frau Uffmann	(bis 12:35 Uhr)
Herr Link		(ab 09:15 Uhr)
Frau Niggeschulze		
Frau Schmidt		(bis 12:40 Uhr)
Herr Scholten		(bis 12:55 Uhr)
Frau Wiemers	Vertr. für Frau Huber	(ab 12:40 Uhr)

Beratende Mitglieder

Herr Hölscher	Fraktion Die Linke
Herr Menge	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Krögel
Frau Sielemann

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Czajka	Alten- und Pflegeheime	
Frau Ehrenhold-Knauf	SPD-Fraktion	
Herr Gebhardt	AG Wohlfahrtsverbände	(bis 12:00 Uhr)
Herr Prast	ehem. BfB-Fraktion	(bis 09:05 Uhr)
Herr Yildirim	Integrationsrat	(09:10 bis 10:15 Uhr)

Verwaltung

Herr Bergen

Amt für Integrierte Sozialplanung
und Prävention

Frau Brinkmann

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Frau Bueren

Amt für Integrierte Sozialplanung
und Prävention

Herr Hagedorn

Bauamt

Herr Knaak

Bauamt

Schriftführung

Herr Schloemann

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Dr. Aubke begrüßt die Anwesenden. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzender Dr. Aubke weist darauf hin, dass die heute abwesende Frau S. Brinkmann am 04.04.2019 80 Jahre alt geworden sei. Er gratuliert Herrn Prast, der am 26.04.2019 ebenfalls 80 Jahre alt geworden sei und dankt ihm für seine durchgehende Teilnahme an den Sitzungen des Seniorenrates und der Arbeitskreise.

Herr Prast dankt Vorsitzendem Dr. Aubke für seine freundlichen und anerkennenden Worte.

Herr Heine bittet darum, den TOP 4.1 „Wohnungsbarometer 2019“ zu einem ordentlichen Tagesordnungspunkt zu machen, da er einen Antrag dazu vorbereitet habe. Seitens der Anwesenden gibt es dagegen keine Einwände. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

Zu Punkt 1**Verpflichtung von Frau Czajka als neues stellvertretendes beratendes Mitglied der Alten- und Pflegeheime**

Nach dem Ausscheiden von Frau Schubert werden die Alten- und Pflegeheime neben Frau Meister auch von Frau Czajka im Seniorenrat vertreten.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke verpflichtet sie per Handschlag nach folgender Formel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehme, das Grundgesetz (GG), die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

-.-.-

Zu Punkt 2**Einwohnerfragestunde**

Vorsitzender Dr. Aubke begrüßt die Zuhörer*innen. Es werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung des Seniorenrates am 20.02.2019**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung des Seniorenrates am 20.02.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Mitteilungen**

Zu Punkt 4.1 **Aktionstag „Lang lebe die Kunst!“ am 10.05.2019**

Vorsitzender Dr. Aubke weist auf den Aktionstag im Theater am Alten Markt hin. Ein Programmflyer (**Anlage 1**) liege zur Mitnahme aus.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 **Aktuelles zum Projekt „Nette Toilette“**

Vorsitzender Dr. Aubke informiert, dass sich weitere Mitglieder der DeHoGa OWL bereit erklärt hätten, am Projekt „Nette Toilette“ teilzunehmen. Alle vom Seniorenrat empfohlenen Gastronomiebetriebe in der Innenstadt seien seitens der Verwaltung mit einem Vertragsentwurf angeschrieben worden. Er habe Herrn Hellermann (Bauamt) gebeten, alle Bezirksbürgermeister anzuschreiben und diese zu bitten, in den einzelnen Stadtbezirken Gastronomiebetriebe zu benennen, die zur Teilnahme am Projekt bereit wären. Vorsitzender Dr. Aubke erklärt, dass er hoffe, bis Juni 2019 mit den Ergebnissen an die Öffentlichkeit gehen zu können.

-.-.-

Zu Punkt 4.3 **Taxi-Stände am Kesselbrink**

Vorsitzender Dr. Aubke habe über Herrn Vollmer (Die Linke) den Hinweis der BIETA erhalten, dass die Taxistände am Kesselbrink zu schmal seien. Beim Aussteigen der Fahrgäste komme es hier häufig zu einer Verkehrsgefährdung. Er bitte den Arbeitskreis Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt dies im Hinblick auf die Notwendigkeit eines Antrages zu prüfen.

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Europa-Erklärung des Rates der Stadt Bielefeld

Vorsitzender Dr. Aubke verweist auf die als Tischvorlage vorliegende Europa-Erklärung des Rates der Stadt Bielefeld (**Anlage 2**). Er weist auf die Wichtigkeit der Europawahl hin und bittet die Anwesenden, dafür zu werben, wählen zu gehen.

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Für die Zukunft unserer Enkelkinder

Vorsitzender Dr. Aubke verweist auf die als Tischvorlage vorliegende Vorlage „Für die Zukunft unserer Enkelkinder“ (**Anlage 3**). Über die Vorlage soll in der Sitzung des Seniorenrates am 15.05.2019 diskutiert werden.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 Anträge

*Zunächst erfolgt die Beratung zu TOP 7.
Die Protokollierung erfolgt unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt im
späteren Teil der Niederschrift.*

Zu Punkt 6.1 Antrag zum Wohnungsmarktbarometer 2019

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8580/2014-2020 (**Anlage 4**)

Hinweis der Schriftführung:
Der als Tischvorlage verteilte Antrag wurde nach Sitzungsende unter obiger Drucksachennummer erfasst.

Herr Heine begründet den von ihm initiierten und als Tischvorlage verteilten Antrag, der sich auf die letzte Seite des Wohnungsmarktbarometers 2019 beziehe. Vorsitzender Dr. Aubke fasst zusammen, dass der Antrag von Herrn Heine die im Wohnungsmarktbarometer genannten Hemmnisse aufgreife und an die entscheidenden Stellen appelliere, dass bislang Erreichte im Sinnes des Antrages weiter zu fördern.

Da die Maßnahmen wie im Antrag dargestellt erst nach ca. fünf Jahren greifen, unterstützt Herr Menge den Antrag und hält sofortiges Handeln für notwendig. Um sozialen Wohnraum zu schaffen sei der Garnisonsvertrag einzufordern und die in den 30er Jahren kostenlos für den Kasernenbau zur Verfügung gestellte Fläche von der BIMA zurückzufordern und als Bauland zur Verfügung zu stellen. Er bedaure, dass diese Chance in Bielefeld vertan wurde.

Herr Donath gibt zu bedenken, dass das Baurecht auch durch Bürgerrechte beeinflusst werde. In der Vergangenheit seien Bauvorhaben durch einzelne Bürger*innen oder Bürgerinitiativen behindert worden. Darüber hinaus würden unbebaute Privatgrundstücke aus spekulativen Gründen zurückgehalten. Die Stadt setzte hier auch keine Fristen zur Bebauung um dem entgegen zu wirken. Er könne dem Antrag daher nicht zustimmen.

Herr Gebhardt erklärt, dass er den Antrag von Herrn Heine so verstehe, dass die Verwaltung aufgefordert werden soll, die Bemühungen von Herrn Hagedorn und Herrn Knaak weiter zu unterstützen.

Vorsitzender Dr. Aubke schlägt vor, den Beschlussvorschlag nach dem ersten Absatz zu ergänzen: *„Der Rat beauftragt (...) zu beseitigen und die schon bislang eingeleiteten Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hemmnisse konsequent weiterzuverfolgen.“*

Seitens der Anwesenden werden gegen die textliche Änderung keine Einwände erhoben.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Rat der Stadt zu empfehlen, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die im Wohnungsmarktbarometer 2019 der Stadt Bielefeld aufgezeigten elementaren Hemmnisse sowohl für den Mietwohnungsbau als auch für Eigenheime / Eigentumswohnungen durch schnelles und entschlossenes Handeln zu beseitigen und die schon bislang eingeleiteten Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hemmnisse konsequent weiterzuverfolgen.

Das betrifft u. a. die Kosten und Verfügbarkeit von Bauland, zu lange Verfahren zur Schaffung von Baurecht (B-Plan), zu lange Baugenehmigungsverfahren und eine zu geringe Nutzung von Flächenpotentialen.

- mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme beschlossen -

Zu Punkt 6.2 Kommunale Handlungsfelder zur Bekämpfung von Armut im Alter (Antrag von Frau Huber vom 10.04.2019)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8489/2014-2020

Frau Huber begründet den mit der Einladung versandten Antrag. Sie weist auf einen Tippfehler in der Begründung hin. Im zweiten Satz von Absatz 2 müsse es heißen: *„In den verschiedenen Ausarbeitungen ist deutlich gemacht worden, dass voraussichtlich in den Jahren 2035/2036 für jeden 5. Neurentner das Risiko der Altersarmut besteht.“*

In der nachfolgenden Aussprache spricht sich Herr Heine dafür aus, den Antrag zu beschließen. Vorsitzender Dr. Aubke vermisste eine Formulierung, dass die Ziele nicht ohne Bedarfsprüfung erreicht werden sollen. Herr Gebhardt hält die Formulierung für ausreichend, da es zunächst lediglich um die Entwicklung eines Konzeptes gehe. Herr Link weist auf die Problematik des Verzichts auf die Beantragung von Sozialleistungen aus Scham und Rücksicht auf die Zahlpflicht der eigenen Kinder hin.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt zu empfehlen wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, folgende kommunale Handlungsfelder zur Bekämpfung von Altersarmut konzeptionell aufzuarbeiten, Strategien zu deren Umsetzung zu entwickeln und diese zu realisieren:

- 1. Schaffung von bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum für ältere Menschen im Rahmen der 25 % Quote sozialem Wohnungsbau.**
- 2. Gewährung von deutlich verbilligten Tarifen im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) für Senioren und Seniorinnen und Einführung vereinfachter Entgeltsysteme.**
- 3. Schaffung von günstigen Angeboten bei allen kommunalen Freizeit- und Kulturveranstaltungen für ältere Bielefelder Bürger und Bürgerinnen.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.3 Bekanntmachung des Rechtsanspruches auf Grundsicherung und verstärkte Beratung der Berechtigten zur Bekämpfung von Armut im Alter (Antrag von Frau Huber vom 10.04.2019)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8490/2014-2020

Frau Huber begründet den Antrag.

Herr Heine bittet, die im 4. Absatz der Begründung genannten Gründe um den Punkt „funktionaler Analphabetismus“ zu ergänzen.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt zu empfehlen wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung

a) ein Konzept zur besseren Bekanntmachung des Rechtsanspruches auf Grundsicherung und verstärkter Beratung darüber, z.B.

- **durch die in den bereits vorhandenen Stadtteilquartieren tätigen Sozialarbeiter/innen**
- **durch Einbeziehung der in den Stadtteilen vorhandenen sozial Tätigen anderer Akteure (z.B. Wohlfahrtsverbände, kirchliche Vereine usw.)**
- **durch Ausweitung der Quartierssozialarbeit auf andere Stadtteile**
- **durch Aufstockung der Anzahl der städtischen Sozialarbeiter/innen**
- **durch Erarbeitung von Informationsmaterial (Flyer, Info-Briefe usw.), das niederschwellig und in einfacher Sprache geschrieben sein muss**
- **durch öffentliche Publizierung des Anspruches (z.B. Tageszeitungen, Stadtteilzeitungen)**

zu erarbeiten;

b) die Kosten für die Umsetzung des Konzeptes zu ermitteln und selbige in den Haushalt 2020 zur Beratung einzustellen.

- mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme beschlossen -

Zu Punkt 7**Wohnungsmarktbarometer 2019**

Herr Hagedorn und Herr Knaak stellen die Kernpunkte anhand einer Präsentation (**Anlage 5**) vor. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt sei nach wie vor angespannt. Entwicklungspotential biete die Baulandstrategie. Erfreulich sei, dass ab dem 01.06.2019 die Bewilligungsmiete um 0,50 € auf 6,20 €/m² angehoben werde. Dadurch würden sich für die Stadt mehr Fördermöglichkeiten ergeben. Dies sei auch dem aktuellen Flyer Wohnraumförderung 2019 / Mietwohnungsbau (**Anlage 6**) zu entnehmen.

In der nachfolgenden Diskussion weist Herr Donath darauf hin, dass es in Senne 1 bei der Bautra Immobilienverwaltungs GmbH seiner Kenntnis nach Leerstände von mehr als 10% beständen. Herr Hagedorn weist darauf hin, dass sich die von ihm in der Präsentation genannten Leerstandsangaben nur auf große Unternehmen beziehen würden. Die Bautra als kleiner privater Anbieter sei darin nicht berücksichtigt.

Herr Hölscher verweist darauf, dass ein schnelleres Verfahren zur Schaffung von Baurecht nur durch Personalaufstockung möglich sei. Herr Hagedorn entgegnet, dass diesbezüglich aktuell Stellenausschreibungen laufen. Das Bauamt habe Baulandflächen ermittelt, die im Sommer mit der Politik abgestimmt werden sollen. Er hoffe, dass die Baulandstrategie noch vor der Sommerpause zum Abschluss gebracht werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Yildirim, ob Armut im Alter bei der Vergabe von Bauland berücksichtigt werde, weist Herr Hagedorn darauf hin, dass es im Rahmen vom geförderten sozialen Wohnungsbau z. B. an der Grünewaldstraße sehr viele kleine Wohnungen geben werde. Dem Bauamt seien die demografische Alterung und das Thema Armut im Alter bekannt. Entsprechend würde der Bau kleiner Wohnungen besonders gefördert.

Abschließend äußert Herr Knaak die Hoffnung, dass sich die seit dem 01.01.2019 gültige Bauordnung auch weiterhin positiv auf schnellere Baugenehmigungsverfahren auswirke.

Vorsitzender Dr. Aubke bedankt sich für die Vorstellung des Wohnungsmarktbarometer 2019.

Zu Punkt 8 **Lebenslagenbericht 2017/2018**

Herr Bergen stellt die wesentlichen Punkte des Lebenslagenberichtes anhand einer Präsentation (**Anlage 7**) vor. Er weist u. a. darauf hin, dass es Bezirke in Bielefeld gebe, in denen überproportional viele Menschen auf Grundsicherung angewiesen seien.

Vorsitzender Dr. Aubke dankt Herrn Bergen für seine Ausführungen.

Herr Gebhardt merkt an, dass der Lebenslagenbericht nur die tatsächlichen Bezieher*innen von Grundsicherungsleistungen berücksichtige. Die von Armut im Alter gefährdeten Menschen würden jedoch nicht berücksichtigt. Entsprechend seien die Zahlen im Bericht stark geschönt. Es wäre auch interessant zu wissen, welche Auswirkungen die Anzahl der Quartierssozialarbeiter*innen auf den Anteil an Leistungsbezieher*innen habe. Frau Brinkmann vom Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - teilt mit, dass hierzu noch keine validen Zahlen vorliegen. Es sei ämterübergreifend zu prüfen, ob die Anzahl der Quartierssozialarbeiter*innen hierauf Auswirkungen habe.

Der Seniorenrat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9 **Pflegebericht 2017**

Frau Bueren stellt die Ergebnisse des Pflegeberichtes anhand einer Präsentation (**Anlage 8**) vor. Die vorliegenden Zahlen aller Pflegebedürftigen würden alle zwei Jahre zum 31.12. durch das Bundesamt für Statistik erhoben und ausgewertet. Aufgrund des veränderten Pflegebegriffes seien die Zahlen in diesem Jahr für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention von besonderer Bedeutung gewesen. Zusammenfassend sei festzustellen, dass die Zahl der Pflegebedürftigen enorm gestiegen sei und der Aufbau eines sozialen Netzwerkes für Pflegebedürftige immer wichtiger werde.

Auf Nachfrage von Frau Czajka, ob mehr Tagespflegeangebote gewünscht seien, teilt Frau Bueren mit, dass die Auslastung bei 100 % liege. Investoren für weitere Angebote seien vorhanden, entscheidend sei aber die Qualität des Tagespflegeangebotes. Auf Nachfrage von Herrn Gebhardt teilt Frau Bueren mit, dass zu Pflegewohngruppen keine Zahlen vorlägen. Die ambulante Pflege, auch in Pflegewohngruppen, werde jedoch vermehrt gefördert.

Der Seniorenrat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10 **Selbstorganisierte gemeinschaftliche Wohnprojekte - sozialer Mehrwert für die Stadt**

Frau Bueren informiert, dass die Vergabe von Bauland in anderen Kommunen an ein inhaltliches soziales Konzept gekoppelt sei. Es gehe darum, nicht bloß Bauland sondern ein Wohnquartier mit nachbarschaftlichem Miteinander zu schaffen. Selbstorganisierte gemeinschaftliche Wohnprojekte, wie das bereits im Seniorenrat von Herrn Menge vorgestellte, seien dazu bestens geeignet. Auch im Alter könnten dadurch Ansprüche auf Sozialleistungen gering gehalten werden.

Vorsitzender Dr. Aubke weist auf die Wichtigkeit dieser Wohnprojekte hin. Fraglich sei, wie die inhaltliche Zielsetzung stadtplanerisch berücksichtigt werde.

Herr Menge weist darauf hin, dass Wohnprojekte Generationenübergreifend seien und sich nicht ausschließlich an alte Menschen richten würden. Die ausschließliche Förderung von altengerechten Wohnprojekten halte er für problematisch. Den Wohnprojekten sei eine 50/50-Verteilung von jüngeren und älteren Menschen wichtig. Es sei wichtig, dass Bauland bevorzugt an Wohnprojekte vergeben werde.

Vorsitzender Dr. Aubke weist bezüglich der Konversionsflächen darauf hin, dass es wichtig sei, eine generationsmäßige sowie gesellschaftliche Ghettoisierung zu verhindern.

Zu Punkt 11 **Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen - Vorschlag der Verwaltung für die Vertragsperiode 2020-2022**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8121/2014-2020/1

Frau Huber weist darauf hin, dass die Vorlage 8121/2014-2020 in der Sitzung des Seniorenrates am 20.03.2019 beschlossen worden sei. Neu hinzugekommen sei der Punkt 6, über den abzustimmen sei. In der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) am 26.03.2019 sei der unter TOP 11.1 aufgeführte Fragenkatalog der CDU diskutiert worden. Da keine Einigung zur Beschlussfassung der Punkte 2 und 6 der Vorlage 8121/2014-2020/1 erfolgen konnte, habe Beigeordneter Herr Nürnberger darauf hingewiesen, dass die Verwaltung nur bei einer entsprechenden Beschlussfassung Gespräche mit den Trägern führen dürfe. Der SGA habe danach die Punkte 2 und 6 der Vorlage bei drei Enthaltungen einstimmig beschlossen.

Vorsitzender Dr. Aubke weist noch einmal darauf hin, dass unabhängig von der Diskussion im SGA um die um den Ergänzungspunkt 6 erweiterte Vorlage abzustimmen sei. Die Anlage sei um die beantragten 15.000 € Projektmittel des Seniorenrates erweitert worden.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

1. **Der Seniorenrat nimmt den Bericht zur Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zur Kenntnis.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die im Bericht vorgestellten inhaltlichen und strukturellen Vorschläge mit den freien Trägern zu erörtern und den Fachausschüssen bis zur Beschlussfassung des Rates im Juli 2019 regelmäßig über die Gespräche zu berichten.**
3. **Zur Finanzierung der Maßnahmen werden die im Haushalt des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention zur Verfügung stehenden Mittel i.H.v. 1 Mio. € verwendet.**
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, zu den in Anlage 1 des Berichts aufgeführten Anträgen und Problemstellungen eine fachliche Einschätzung vorzunehmen und gegebenenfalls einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen.**
5. **Um den über die 1 Mio. € hinausgehenden Mittelbedarf decken zu können, wird die Verwaltung beauftragt, den Ratsgremien einen Vorschlag für die Verwendung der Integrationspauschale aus den Jahren 2018 und 2019 vorzulegen. Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:**
 - **Die Stadt richtet eine Rücklage zur Förderung des sozialen Zusammenhalts ein. Diese „Integrationsrücklage“ wird für vier Jahre eingerichtet.**
 - **Er dient unter anderem der Ausfinanzierung der im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen.**
 - **Außerdem sollen Maßnahmen geplant werden, die dem sozialen Zusammenhalt in den Quartieren und der Integration von benachteiligten Personengruppen in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt dienen und die möglichst nachhaltig wirken sollen.**
 - **Die Maßnahmen werden ausgewertet; die Ergebnisse werden den Fachausschüssen regelmäßig berichtet.**
6. **Die Verwaltung wird beauftragt, das bereits praktizierte Finanz- und Fachcontrolling fortzuführen und im Umset-**

zungszeitraum der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen gemeinsam mit den Trägern qualitative und quantitative Ziele zu formulieren. Dabei sollen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus verschiedenen Berichten wie z.B. dem Lebenslagenbericht mit einfließen. Über den Grad der Umsetzung soll den zuständigen Fachausschüssen regelmäßig berichtet werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11.1 Fragen der CDU-Fraktion in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 26.03.2019

Protokollierung siehe TOP 11.

-.-.-

Zu Punkt 12 Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen - Bericht zur Finanzsituation

Frau Huber weist darauf hin, dass der Bericht nicht an den Seniorenrat adressiert sei. Aufgrund der guten Darstellung der Finanzsituation habe sie darum gebeten, die Vorlage dem Seniorenrat zur Verfügung zu stellen. Frau Bueren bietet an, ein Tortendiagramm mit der Verteilung der Mittel zu erstellen (**Anlage 9**).
Vorsitzender Dr. Aubke nimmt das Angebot dankend an.

Der Seniorenrat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13 Umsetzung der Ziel- und Maßnahmenplanung 2018

Frau Brinkmann stellt drei umgesetzte Projekte anhand einer Präsentation (**Anlage 10**) vor und geht kurz auf die wichtigsten Punkte ein. Die Maßnahmen zur Beratung und Unterstützung von Grundsicherungsempfänger*innen seien in 2018 erfolgreich abgeschlossen. Für 2019 soll es Folgemaßnahmen zur Verstetigung und Weiterentwicklung geben. In den vier Pilotquartieren Jöllenbeck, Heepen, Sennestadt und Stieghorst sei allen Grundsicherungsbezieher*innen über 65 Jahren ein Beratungsangebot gemacht worden. Ziel sei eine Rücklaufquote von 10% gewesen, welche erreicht wurde. Durch Kooperation mit Hausärzt*innen, Apotheken und freien Trägern vor Ort sollen darüber hinaus auch Menschen mit Risikofaktoren wie Alter, Armut oder Teilhabebeschränkungen erreicht werden. Bei der Zusammenarbeit im Quartier seien die Sprechzeiten in Heepen und Baumheide erweitert worden. Im Bezirksamt Brackwede seien vier Sozialarbeiter*innen vor Ort.

Frau Bueren weist darauf hin, dass dem Seniorenrat die Maßnahmen des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention bekannt seien. Diese seien die Plakataktion zum Thema Demenz, der Fachtag der Mitarbeiter*innen der Begegnungs- und Servicezentren, das Quartier Kammerich und die Erfassung der Bedarfe älterer lesbischer und schwuler Menschen gewesen.

Auf Nachfrage von Herr Donath teilt Frau Brinkmann mit, dass es bei der Maßnahme „Ältere Menschen“ auf Seite 23 darum gegangen sei, den Entlastungsbeitrag bekannter zu machen. Dieser stünde nur zu Verfügung, wenn die Pflege von qualifizierten Personen übernommen werde. Zur Zusammenarbeit im Quartier (Seite 24) sei festzuhalten, dass in Heepen und Sennestadt eine Netzwerkerklärung zur gemeinsamen Beratungsallianz vom Sozialamt der Stadt Bielefeld, AWO Kreisverband und Bethel.regional abgeschlossen werde.

Frau Bueren informiert, dass sich der von der Stadt Bielefeld organisierte Fachtag an die Mitarbeiter*innen der AGW gerichtet habe. Die Angaben zur Zufriedenheit mit der Maßnahme seien durch Umfrage entstanden.

Der Seniorenrat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14

Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld 2019

Frau Brinkmann erläutert drei für das Jahr 2019 geplante Ziele und Maßnahmen anhand einer Präsentation (**Anlage 11**). Zur Stärkung des Ressourcenmanagements sei eine Ausweitung der vier Pilotprojekte auf das gesamte Stadtgebiet geplant. Im Rahmen dessen würden vermehrt Bezieher*innen von Grundsicherungsleistungen zur Beratung angeschrieben. Darüber hinaus sollen bedarfsgerechte Angebote für ältere Menschen weiterentwickelt werden. Darunter in Brackwede ein monatlicher Einkaufsdienst sowie der Aufbau eines nachbarschaftlichen Unterstützungskonzeptes durch Ehrenamtliche. Für den Start des Pflegeportales laufen derzeit letzte Feinabstimmungen. Eine Öffentlichkeitskampagne zum Pflegeportal ähnlich der Kampagne für die Bürgerberatung sei in Planung.

Vorsitzender Dr. Aubke erklärt, dass sich der Seniorenrat gerne an der Öffentlichkeitsarbeit beteiligen werde.

Frau Bueren informiert kurz über die Maßnahmen des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention. Dazu zählen die Pflegestatistik 2017, eine Fortbildung zum Thema „Alltagsrassismus in Begegnungs- und Servicezentren für Senior*innen“, sowie die Fortsetzung des Arbeitsprozesses „Älter werden in Bielefeld“. Zur Maßnahme „Imageverbesserung“ und zur „Gewinnung zusätzlicher

Zielgruppen für den Altenpflegeberuf“ teilt Frau Bueren mit, dass das Büro aktuell zusammen mit den Ausbildungsträgern nach Möglichkeiten suche, wie das Berufsbild für junge Menschen attraktiver gestaltet werden könne. Dazu gehöre z. B. auch ein Imagefilm, der derzeit gemeinsam mit Altenpflegeschüler*innen produziert werde.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Dr. Aubke teilen Frau Bueren und Frau Huber mit, dass der Arbeitstitel des Arbeitsprozesses „Älter werden in Bielefeld“ in „Alterung gestalten in Bielefeld“ geändert worden sei. Weitere Nachfragen werden nicht gestellt.

Der Seniorenrat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 15

Stellungnahme des Seniorenrates zum dritten kommunalen Lernreport (2018) der Stadt Bielefeld

Vorsitzender Dr. Aubke dankt den Arbeitskreisen Gesundheit und Soziales sowie Weiterbildung, Kultur und Sport für die mit der Einladung versandten schriftlichen Stellungnahmen zum Lernreport.

Herr Heine empfiehlt, beide Stellungnahmen nicht zusammenzufassen. Das Fazit des Arbeitskreises Gesundheit und Soziales bringe auf den Punkt, dass Senior*innen im Lernreport nicht berücksichtigt würden. Er schlage daher vor, beide Stellungnahmen zusammen mit einem offiziellen Anschreiben an Beigeordneten Dr. Witthaus sowie den Schul- und Sportausschuss weiterzuleiten und verliere einen Entwurf des Anschreibens.

Frau Ehrenhold-Knauf erklärt sich mit dem Verfahren einverstanden. Sie habe sich sehr darüber geärgert, dass Senior*innen im Lernreport nicht berücksichtigt würden. Herr Menge weist darauf hin, dass auch die Angebote der Universität Bielefeld zum Lernen ab 50 nicht im Report erwähnt würden. Vorsitzender Dr. Aubke ergänzt, dass es an der Universität im letzten Semester knapp 500 Studierende über 50 Jahren gegeben habe. Herr Link weist darauf hin, dass auch die Informations- und Bildungsveranstaltungen für ältere Menschen der Gewerkschaften nicht berücksichtigt seien. Herr Heine ergänzt, dass dies auch für Angebote der Kirchen gelte.

Seitens der Anwesenden gibt es gegen den Vorschlag von Herrn Heine keine Einwände. Vorsitzender Dr. Aubke erklärt, die Stellungnahmen beider Arbeitskreise zusammen mit einem Anschreiben an die benannten Adressaten zu senden.

Frau Huber schlägt darüber hinaus eine Presseerklärung vor.

Vorsitzender Dr. Aubke schlägt vor, neben einer Presseerklärung zu den drei Anträgen (**Anlage 12**), zu einem späteren Zeitpunkt eine Presseerklärung zum Lernreport heraus zu geben. Die Anwesenden stimmen dem Verfahren zu.

-.-.-

Zu Punkt 16

Berichte aus Ausschüssen, Arbeitskreisen, von beratenden Mitgliedern sowie aus den Bezirksvertretungen

- Vorsitzender Dr. Aubke teilt zur **Notfalldose** mit, dass ein Presseggespräch erfolgt sei. Ein Dankeschreiben des Seniorenrates werde an die BKK_DürkoppAdler gerichtet. Vorsitzender Dr. Aubke moniert, dass einige Apotheker*innen offenbar einen höheren Erlös durch den Verkauf der Notfalldose erzielen wollen. Mit der Apothekerkammer sei ein Verkaufspreis von 2,00 € vereinbart, der deutlich überschritten werde.
- Frau Schmidt berichtet aus dem **Arbeitskreis Wohnen im Alter und Pflegeeinrichtungen**. Am 16.04.2019 habe der Arbeitskreis eine Sondersitzung abgehalten. Es erfolgte ein Austausch über das Modellprojekt „Pflege stationär – Weiterdenken“. In Baumheide habe sich nach Ende des Projektes ein Netzwerk entwickelt. Im Arbeitskreis seien Impulse zur Weiterarbeit im Prozess „Älter werden in Bielefeld“ (jetzt „Alterung gestalten in Bielefeld“ gesammelt worden. Weiterhin erfolgte ein Austausch über das Modell der aufsuchenden Seniorenbetreuung aus Dänemark. Der Arbeitskreis werde sich in der kommenden Sitzung u. a. mit der Zeitschrift „Ärztenez Bielefeld“ beschäftigen.
- Frau Koch berichtet aus der Sitzung der **Bezirksvertretung Mitte** vom 21.03.2019. Themen seien u. a. die Umgestaltung des Jahnplatz, der Taxentransport für Menschen mit Behinderung am Jahnplatz, die Sauberkeit der Bushaltestellen und öffentliche Toiletten im Bezirk Mitte gewesen.
- Herr Hölscher, **Fraktion Die Linke**, weist auf die Online-Petition zur Rückforderung der Kasernengelände. Er habe dazu einen Flyer für Interessent*innen dabei.
- Frau Wiemers berichtet aus dem **SKPR**. Dort sei im Rahmen einer Ortsbegehung der Maßnahmenkatalog zur baulichen Umgestaltung der Stadtbahnhaltestelle „Wittekindstraße“ vorgestellt worden.
- Herr Heine berichtet aus der **Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung**.

- Vorsitzender Dr. Aubke berichtet aus dem **Stadtentwicklungsausschuss** (StEA). Der Antrag von Herrn Heine sei abgelehnt worden. Zur Begründung wurde von Beigeordnetem Herrn Moss darauf hingewiesen, dass es
 1. über das Bürgerportal / die Bielefeld-App bereits die Möglichkeit gebe, Straßen- und Wegeschäden zu melden;
 2. Müll- und Kehrfahrzeuge im Rahmen eines Projektes mit der Universität mit Kameras ausgestattet werden um den Istzustand der Straßen im Stadtgebiet zu erfassen, so dass Mängel fortlaufend behoben werden können;
 3. der Umweltbetrieb eine weitere Kraft für die Schilderreinigung eingestellt habe.

Weiterhin sei der Umbau des Jahnplatzes beschlossen worden. Herr Heine merkt an, dass die eingebrachten Anträge zur Fahrbahnmarkierung und zur Säuberung der Straßenschilder offensichtlich Wirkung zeigten.

- Frau Niggeschulze teilt mit, dass sie am 29.04.2019 die Auftaktveranstaltung der Initiative „Gute Pflege OWL“ in der Neuen Schmiede zum Thema „Pflege geht uns alle an“ besucht habe. Staatssekretär Westerfellhaus, Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung, habe über Ideen und Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeberufe gesprochen. Vorsitzender Dr. Aubke regt an, dass sich der zuständige Arbeitskreis Wohnen im Alter und Pflegeeinrichtungen in das Netzwerk unterstützend einbringe.
- Vorsitzender Dr. Aubke berichtet von der Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung NRW. Frau Huber habe ihn begleitet. Die Mitgliederversammlung sei von Wahlen geprägt gewesen. Zum neuen Vorsitzenden habe die Mitgliederversammlung Herrn Jentsch, den Seniorenratsvorsitzenden der Stadt Gütersloh, gewählt (**Anlage 13**). Weiterhin sei ein Großteil des Vorstandes neu gewählt worden. Die Anträge, die in der letzten Sitzung des Seniorenrates abgestimmt wurden, seien gemäß dem Votum in der Mitgliederversammlung beschlossen worden.

Zu Punkt 17

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzender Dr. Aubke stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Aubke
(Vorsitzender)

Schloemann
(Schriftführer)